

N i e d e r s c h r i f t

**der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Sozial-,
Gesundheits- und Gleichstellungsausschusses am 22.09.2011**

öffentlich

Ort: Stadthaus, Wappensaal
Zeit: 16:30 Uhr bis 18:00 Uhr
Anwesenheit: siehe Teilnehmerverzeichnis

Anwesend sind:

Frau Ute Haupt	DIE LINKE – Ausschussvorsitzende
Frau Elisabeth Krausbeck	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Frau Dr. Annegret Bergner	CDU Vertreter für Herrn Roland Hildebrandt – bis 17.45 Uhr
Herr Raik Müller	CDU
Herr Andreas Schachtschneider	CDU
Herr Manfred Czock	CDU – SKE
Frau Petra Tomczyk-Radji	CDU – SKE
Herr Dr. Erwin Bartsch	DIE LINKE
Herr Dr. Mohamed Yousif	DIE LINKE
Frau Ute Borchert	DIE LINKE - SKE
Herr Mamad Mohamad	DIE LINKE - SKE
Frau Brigitte Thieme	FDP – SKE
Frau Annette Wunderlich	MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM – SKE
Frau Sabine Wolff	NEUES FORUM
Herr Robert Bonan	SPD
Frau Hanna Haupt	SPD
Herr Sven Weise	LIGA
Frau Martina Grummisch	Bereichsleiterin Gemeinsame Einrichtung – Jobcenter
Frau Heike Schmied	Bereichsleiterin Gemeinsame Einrichtung - Jobcenter
Herr Tobias Kogge	Beigeordneter für Jugend, Schule, Soziales und kulturelle Bildung
Frau Susanne Wildner	Gleichstellungsbeauftragte
Herr Dr. Toralf Fischer	Behindertenbeauftragter
Frau Petra Schneutzer	Beauftragte für Integration und Migration
Frau Kerstin Riethmüller	Seniorenbeauftragte
Herr Hans-Günter Schneller	Amtsleiter Sozialamt
Herr Dr. Eberhard Wilhelms	Amtsleiter Gesundheitsamt, Lebensmittelüberwachung und Veterinärwesen
Frau Annerose Winter	Ressortleiterin Sozialamt
Frau Dr. Uta Schwarzer	Ressortleiterin Gesundheitsamt, Lebensmittelüberwachung und Veterinärwesen
Frau Sylke Bühler	Projektmanagerin Gesundheitsamt, Lebensmittelüberwachung und Veterinärwesen
Frau Andrea Simon	Führungsunterstützer SGB II Dezernat IV

Entschuldigt fehlen:

Frau Dr. Jeannette Drygalla	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - SKE	
Herr Roland Hildebrandt	CDU	Vertreter Frau Dr. Annegret Bergner
Herr Manfred Schuster	DIE GRAUEN/Volkssolidarität	
Herr Christian Weinert	SPD - SKE	
Herr Norwin Dorn	Seniorenrat	
Frau Sylvia Tempel	Geschäftsführerin Gemeinsame Einrichtung - Jobcenter	
Frau Sylke Bühler	Projektmanagerin Gesundheitsamt, Lebensmittelüberwachung und Veterinärwesen	

zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

Die öffentliche Sitzung des Sozial-, Gesundheits- und Gleichstellungsausschusses wurde von **Frau Ute Haupt, Vorsitzende des Ausschusses** eröffnet und geleitet.

Sie stellt die ordnungsgemäße Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

zu 2 Feststellung der Tagesordnung

Es gab keine Änderungen und Anmerkungen zur Tagesordnung.

Frau Ute Haupt, Vorsitzende des Ausschusses, bat um Abstimmung der Tagesordnung.

Abstimmungsergebnis zur Tagesordnung: zugestimmt

Somit wurde folgende Tagesordnung festgestellt:

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit
2. Feststellung der Tagesordnung
3. Genehmigung der Niederschrift vom 25.8.2011
4. Bericht der Geschäftsführung der Gemeinsamen Einrichtung - Jobcenter
5. Bericht zum Stand Bildung und Teilhabe
6. Beschlussvorlagen
- 6.1. 2. Änderung der Friedhofssatzung für die kommunalen Friedhöfe der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: V/2011/09942
7. Anträge von Fraktionen und Stadträten
8. schriftliche Anfragen von Stadträten
9. Mitteilungen
10. Beantwortung von mündlichen Anfragen
11. Anregungen

zu 3 Genehmigung der Niederschrift vom 25.8.2011

Frau Wolff, Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM, bat um Korrektur in TOP 2 Seite 3. wie folgt:

„Herr Sommer teilt mit, dass er den Antrag unter TOP 7.1 zurückstellt, er wird im Oktober neu eingereicht.“

Herr Müller, Fraktion CDU bat in TOP 7.2 Seite 6 zu korrigieren:

„Herr Müller fragt, warum schon eine Prüfung erfolgte, bevor der Antrag in den Ausschuss verwiesen und dort behandelt wurde.“

Frau Krausbeck, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, bat einzufügen, dass zusammen mit dem Antrag zur Einführung des Gender Budgetings im Oktober auch der Antrag zur Europäischen Charta im Ausschuss auf der Tagesordnung steht.

Weitere Anmerkungen zur Niederschrift der öffentlichen Sitzung des Sozial-, Gesundheits- und Gleichstellungsausschusses vom 25.8.2011 gab es nicht.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt
1 Enthaltung

zu 4 Bericht der Geschäftsführung der Gemeinsamen Einrichtung - Jobcenter

Frau Ute Haupt, Vorsitzende des Ausschusses, begrüßte zu diesem TOP Frau Grummisch und Frau Schmied und erteilte ihnen das Wort.

Frau Grummisch, Bereichsleiterin Gemeinsame Einrichtung – Jobcenter, erläuterte den aktuellen Kreisreport, der den Ausschussmitgliedern für die Sitzung zur Verfügung gestellt wurde. Sie teilte anschließend mit, dass 11.640 Anträge Bildung und Teilhabe (BuT) eingegangen sind, davon sind 1.141 bewilligt.

Anschließend ergänzte **Frau Schmied, Bereichsleiterin Gemeinsame Einrichtung – Jobcenter**, den neuesten Stand zur Bürgerarbeit (s. Anlage).

Die Mitteilung wurde zur Kenntnis genommen.

zu 5 Bericht zum Stand Bildung und Teilhabe

Frau Ute Haupt, Vorsitzende des Ausschusses, erteilte Frau Simon das Wort.

Frau Simon, Führungsunterstützer SGB II im Dezernat IV, informierte über den neuen Stand zum Bildungs- und Teilhabepaket.

- > zwei Ebenen sind zu betrachten –a) Entwicklungen Bundes/Landesebene
b) Entwicklungen in der Stadt Halle
a) Die AG Bund-Länder wird sich zu weiteren Verwaltungsvereinfachungen verständigen.

Seit Juli 2011 sind weitere inhaltliche Klärungen erfolgt zu den Angeboten

Klassenfahrten

- hier sind aufgenommen wurden Kursfahrten, Fahrten im Rahmen von schulischen Projekten, Proben – und Trainingslager in Verantwortung der Schule
- gemeinschaftliches Mittagessen in Verantwortung der Schulen, der Horte
- das Mittagessen in Verantwortung der Schulen kann auch während der Ferien erfolgen, das Mittagessen in Verantwortung der Horte ist gesondert außerhalb von Bildung und Teilhabe abzurechnen und gilt hinsichtlich der Finanzierung befristet bis 2013
- Auslegung des Gesetzestextes zur gemeinschaftlichen Mittagsverpflegung wurde abgestimmt zwischen dem Ministerium für Arbeit und Soziales Land Sachsen-Anhalt und

dem BMAS

Freizeit

- die Teilnahme an einer Ferienfahrt kann gefördert werden, sofern ein sozialintegrativer Bezug besteht und unter Beachtung der Deckelung in diesem Bereich 10,00 € / mtl.

Abstimmungsverfahren und Entwicklungen
--

> im LSA wurde eine AG BuT in der Zusammensetzung Ministerium für Arbeit und Soziales, den kreisfreien Städten und Landkreisen gebildet, die erstmals im August getagt hat – inhaltliche Schwerpunkte sind Gestaltung der weiteren Öffentlichkeitsarbeit, Prüfung der Verwaltungsvereinfachung, Fragen der Finanzierung, Führung der Statistik, Zusammentreffen mit der IHK zur Problematik vereinfachtes Verfahren zwischen Caterern und Kommunen bei der Abrechnung Mittagessen, Lernförderung- Überarbeitung des Formulars das durch die Schulen genutzt wird, Nutzung von Open Prosoz - hierzu weitere Vernetzung der Nutzer

> die Bund-Länder AG BuT hat ebenfalls im August getagt auch hier war Thema die Suche nach Möglichkeiten der Verwaltungsvereinfachung und -beschleunigung, so u.a. die Sichtweise, ist die Antragstellung nach dem SGB II gleichfalls als Antragstellung BuT dem

Grunde nach anzuerkennen, es wurde eine Positivliste hinsichtlich des Verfahrens der Finanzierung an die Kommunen übergeben, also wann könnte eine Direktfinanzierung an die Sorgeberechtigten erfolgen –allerdings sind diese Vorgehensweisen mit dem aufsichtsführendem Land abzustimmen

b)

Anträge nach Rechtskreisen

Zeitraum	SGB II	SGB XII	KIZ/Wohngeld	auflaufend gesamt
Stand bis zum 31.08.2011	11.182	293	4.335	15.810

Einnahmen Bildung und Teilhabe nach Rechtskreisen ohne Verwaltungskosten, die Darstellung entspricht der Gliederung der Überweisung des Landes

Zeitraum	SGB II	KIZ	Wohngeld	Mittagessen an Horten/Schulsozialarbeit
bis Mai	1.276.404 €	203.064 €	87.028 €	812.258€
Juni	263.678 €	41.949 €	17.978 €	167.795 €
Juli	254.863 €	40.546 €	17.377 €	162.186€
August	260.993 €	41.522 €	17.795 €	166.08€
gesamt	2.055.938 €.	327.081 €	140.178 €	1.308.325 €

Ausgaben nach Rechtskreisen

Zeitraum	SGB II	KIZ/Wohngeld	Mittagessen an Horten/ Schulsozialarbeit
bis Mai	85.606 €	5.488 €	0
Juni	108.301 €	15.544 €	893 €
Juli	103.937 €	38.737 €	165 €
August	300.861 €	18.905 €	0
gesamt	598.705 €	78.674 €	1.058 €

Die Gesamtausgaben im SGB XII und AsylbLG umfassen 21.557 €. Sie sind in der obigen Tabelle nicht erfasst, da für diese Rechtskreise kommunale Mittel einzusetzen sind.

Das gemeinschaftliche Mittagessen hat, hinsichtlich des Antragsvolumens mit bisher 7.223 Anträgen, oberste Priorität in der Bearbeitung.

Es folgen die Klassenfahrten/Ausflüge mit 3.580 Anträgen sowie der Freizeitbereich mit 2.167 Anträgen.

Eine Aussage zu den bisherigen Ausgaben im Freizeitbereich an Sportvereine kann derzeit nicht getroffen werden. Dies wird erst möglich mit dem weiteren Ausbau einer entsprechenden Software.

Mit dem Stand August wurden Anträge für 7.534 Kinder gestellt.

Bezogen auf die Anzahl der anspruchsberechtigten Kinder - 11.850 – wurden etwa 64 % erreicht.

In Halle hat sich nicht der sonstige Bundestrend bisher entwickelt, dass in den Bereichen KIZ und WG überwiegend Antragstellungen erfolgen, hier liegt ein höheres Antragsvolumen im SGB II Bereich vor.

In Umsetzung von BuT ist zu berücksichtigen die Entwicklung der Sozialgeldempfänger unter 15 Jahre im SGB II Bereich – hier ist eine Erhöhung zwischen 2010 und 2011 revidierte Daten Mai 2011 Ø Anstieg von 1.200 Kindern zu verzeichnen.

Bestand Sozialgeldempfänger in Bedarfsgemeinschaften 2010-2011 revidierte Daten

Zeitraum	Sozialgeld. gesamt 2010	Sozialgeld gesamt 2011	Sozialgeld 2010 unter 15	Sozialgeld 2011 unter 15
Januar	8.088	9.250	7.813	8.906
Februar	8.062	9.328	7.783	9.044
März	7.977	9.362	7.697	9.106
April	8.085	9.334	7.812	9.087
Mai	8.149	9.367	7.869	9.132
Juni	8.276		7.973	

Quelle: Daten der BA

weitere Zielsetzungen

- nach wie vor der Ausbau der Netzwerkstruktur, um Eltern zielgerichtet anzusprechen – Medien allein nicht zielführend - damit der Intention von BuT folgend Kinder zu gewinnen, die bisher nicht verortet sind
- Einführung einheitliche Software
- den Übergang zu Folgeanträgen positiv zu bewältigen
- Verwaltungsvereinfachungen prüfen und umsetzen
- Aufbau einer einheitlichen Statistik
- Forcierung des Abschlusses von Vereinbarungen

Frau Ute Haupt, Vorsitzende des Ausschusses, dankte Frau Simon und bat nunmehr Fragen zu stellen.

Frau Wolff, Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM, fragte Frau Schmied, ob die Statistik zur Bürgerarbeit schriftlich vorgelegt werden kann, damit man die Zahlen nachlesen kann. Die Statistik zur Bürgerarbeit wird dem Protokoll als Anlage beigefügt.

Frau Wolff fragte zu BuT, ob bei den noch nicht bearbeiteten Anträgen das Geld nachgezahlt wird.

Frau Simon teilte mit, dass das Geld auch später noch gezahlt wird, wenn der Anspruch darauf besteht. Die Kinder werden nicht dafür bestraft, dass die Mitarbeiter nicht zeitnah die Anträge bearbeiten können. Zurzeit sind 22 % der gesamten Anträge bearbeitet.

Frau Wolff bat darum zu berichten, was tatsächlich eingeführt wird und fragt nach den Kosten.

Frau Simon sagte, dass die Finanzierung für die Einführung einer gemeinsamen Software für alle Rechtskreise noch zu prüfen ist, die Kostenkalkulation liegt seitens des IT Bereiches noch nicht vor. Sie wird im Ausschuss über den Verlauf informieren.

Frau Krausbeck, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, sagte, dass nach dem Halle-Pass-Beschluss die Mittagessenbezahlung nicht mehr möglich ist. Was passiert, wenn die Eltern keinen Antrag auf BuT stellen?

Frau Simon erläuterte, dass nach dem Stadtratsbeschluss über Halle-Pass nicht mehr finanziert werden kann. Da die Anträge jedoch noch nicht vorlagen, hat das Sozialamt eine Übergangslösung unterbreitet, nach der verfahren wird. Bis maximal 30.11.2011 wird das Mittagessen weiter auf der Grundlage Antragstellung Halle-Pass finanziert. Die Eltern aller anspruchsberechtigten Kinder werden angeschrieben und gebeten, einen Antrag für ihre Kinder zu stellen. Sofern nach dem 30.11.2011 keine Antragstellung vorliegt, ist eine Übernahme der Kosten nach BuT nicht möglich.

Frau Krausbeck fragte, ob es Gespräche mit der IHK gab.

Frau Simon informierte, dass die Caterer sich an die IHK gewandt haben und um Unterstützung gebeten haben, da bei ihnen durch BuT zusätzliche Verwaltungskosten entstehen. Die IHK ist mit diesen Problemen an das Land herangetreten, es wird dazu eine gesonderte Abstimmung der gebildeten AG BuT Land Sachsen-Anhalt geben.

Frau Wunderlich, Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM, fragte, warum die Jobcoacher keinen Zugang zu den Daten im Jobcenter haben. **Frau Schmied, Bereichsleiterin Gemeinsame Einrichtung – Jobcenter**, sagt, dass kein direkter Zugang zu allen Daten besteht, aber ein aktuelles Profiling vorliegt.

Frau Tomczyk-Radji, Fraktion CDU, sagte, dass bei 55 bis unter 65Jährigen Sprünge zu verzeichnen sind. Bedeutet ab 55 Jahre immer Rente? **Frau Schmied** sagte, es stehen alle Arbeitsmarktinstrumente zur Verfügung, sie werden in die Vermittlungstätigkeit einbezogen.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen.

Die Mitteilung wurde zur Kenntnis genommen.

zu 6 **Beschlussvorlagen**

zu 6.1 **2. Änderung der Friedhofssatzung für die kommunalen Friedhöfe der Stadt Halle (Saale)** **Vorlage: V/2011/09942**

Frau Ute Haupt, Vorsitzende des Ausschusses, begrüßte zu diesem TOP Frau Pollmächer und erteilte ihr das Wort.

Frau Pollmächer, Ressortleiterin Grünflächenamt, erläuterte die Vorlage. Laut EU-Richtlinie von 2009 wurden Änderungen beschlossen, ebenso gab es Änderungen im Bestattungsgesetz. Der Stadtgottesacker und die kommunalen Friedhöfe sollen zusammengefasst werden und eine einheitliche Satzung erhalten.

Frau Ute Haupt, Vorsitzende des Ausschusses, bat darum, im SGGA nicht die ordnungspolitischen Dinge zu klären, für die der Ordnungsausschuss zuständig ist, sondern hier nur die Belange zu diskutieren, für die dieser Ausschuss zuständig ist.

Herr Schachtschneider, Fraktion CDU, bedauerte, dass wiederholt eine Vorlage später zugesandt wurde.

Frau Wolff, Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM, fragte, für welche Friedhöfe § 4 Schließung und Entwidmung gilt. Frau Pollmächer antwortete, dass § 4 ein grundsätzlicher Paragraph für alle Friedhöfe sei.

Herr Bonan, Fraktion SPD, fragte nach der naturnahen Bestattung. Frau Pollmächer informierte, dass auf dem Gertraudenfriedhof diese neue Arte der Bestattung angeboten wird um zu sehen, wie diese Bestattungsart angenommen wird. Herr Bonan fragte auch nach muslimischen Bestattungen. Frau Pollmächer antwortete, dass diese auch auf dem Gertraudenfriedhof möglich seien.

Herr Müller, Fraktion CDU, stellte den Antrag auf Änderung § 6 Verhalten auf dem Friedhof und möchte Änderungen in Abs. 2 (Kinder unter 7 Jahren) und 3 a) und f). Er bat Tiere nicht zu verbieten, sondern aufzunehmen, dass Hunde anzuleinen sind.

Frau Ute Haupt, Vorsitzende des Ausschusses, bat den Antrag schriftlich zu formulieren.

Frau Wolff stellte den Geschäftsordnungsantrag zur Vertagung, damit Änderungsanträge schriftlich eingereicht werden können.

Herr Kogge, Beigeordneter für Jugend, Schule, Soziales und kulturelle Bildung schloss sich dem Geschäftsordnungsantrag an. Änderungsanträge müssen schriftlich vorliegen. Dann kann dazu eine Abstimmung erfolgen. Da er heute nicht vorliegt, kann er nicht abschließend behandelt werden.

Frau Thieme, Fraktion FDP, fragte, was sonstiges Grabzubehör sei, § 1 (3) g). Auf Kindergräbern sind z. B. Engel aus Naturstein zu sehen. Ist das verboten laut § 6 (3) i)? Frau Pollmächer sagte, unter sonstigem Grabzubehör alles zu verstehen sei, was auf das Grab aufgebracht wird, z. B. Grablichter, jeglicher Grabschmuck. Das Aufstellen von Engeln nehme sehr zu. Von der Umwelt her ist dies nicht günstig. Es sollen verrottbare Materialien verwendet werden. Es gab schon große Probleme mit Ordnungswidrigkeiten. Hier muss Einfluss darauf genommen werden.

Frau Thieme fragte nach dem Herz aus Stein. **Frau Pollmächer** sagte, dies wird die Friedhofsverwaltung nicht wegnehmen, hier gibt es einen Kompromiss.

Herr Schachtschneider sagte, dass im § 1 unten der Friedhof Neustadt fehlt. **Frau Pollmächer** antwortete, dass er oben aufgeführt ist, jedoch keinem Stadtteil zugehörig ist. **Herr Schachtschneider** bat näher einzugehen auf die öffentlichen Grundflächen, Beschaffenheit von Särgen, Bekleidung der Leiche muss unbedingt Baumwolle sein? **Frau Pollmächer** sagte, dass die Satzung sich an die Mustersatzung des Deutschen Städtetages hält. Hier ist dies so aufgeführt. Eine Überprüfung z. B. der Bekleidung sei nicht möglich, hier ist keine Einflussnahme möglich.

Herr Schachtschneider fragte auch, warum im § 21 nicht Neustadt aufgeführt ist, der sich für diese Bestattungsarten eignet. **Frau Pollmächer** antwortete, dass der Gertraudenfriedhof der größte Friedhof der Stadt ist. Über die Hälfte der Fläche ist als Erweiterungsfläche vorhanden für neue Grabarten.

Frau Hanna Haupt, Fraktion SPD, sagte zu § 6 (3), dass niemand aus der Verwaltung einschreiten wird und Strafen verhängt, wenn jemand z. B. mit seinem angeleinten Hund ein Grab besucht. Hier ist jedoch durch diesen Paragraphen Auswüchsen vorzugreifen.

Frau Krausbeck, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, unterstrich, dass z. B. alte Damen ihren Hund so mitnehmen können. Sie bat die Verwaltung, hier noch eine Lösung zu finden. Bei naturnahen Bestattungen bietet sich Neustadt wirklich an. Was spricht dagegen, diese Bestattungsart auf andere Friedhöfe auszuweiten. **Frau Pollmächer** antwortete, dass neue Grabarten erst auf einem Friedhof angeboten werden und abgewartet wird, wie diese angenommen werden.

Herr Dr. Bartsch, Fraktion DIE LINKE, fragte, welche Gründe es für § 11 (4) gibt? Frau Pollmächer informierte, dass es Bestattungsfristen gibt, die nicht überschritten werden dürfen. Ist dies geschehen, muss der Sarg sofort zur Grabstelle gebracht werden.

Herr Müller fragte, ob man einen Antrag stellen muss, den Hund mitzunehmen. **Frau Pollmächer** antwortete, dass die Friedhofsverwaltung natürlich einen Ermessensspielraum beim Mitbringen von Hunden hat. Jedoch sind Hunde, die nicht angeleint sind, ein großes Problem.

Herr Dr. Yousif, Fraktion DIE LINKE, sowie **Frau Wolff** baten um Abschluss der Debatte.

Frau Krausbeck schloss sich dem von **Frau Wolff** gestellten Geschäftsordnungsantrag zur Vertagung der Abstimmung an.

Herr Müller sagte, dass er dann den Antrag schriftlich einreichen wird.

Abstimmung zum Geschäftsordnungsantrag der Vertagung: einstimmig zugestimmt

Frau Ute Haupt, Vorsitzende des Ausschusses, bat die Anträge Anfang nächster Woche einzureichen (Einstellung in Session), damit diese auf die Tagesordnung der Oktobersitzung gesetzt werden können.

Abstimmungsergebnis: vertagt

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat beschließt die vorliegende 2. Änderung der Friedhofssatzung für die kommunalen Friedhöfe der Stadt Halle (Saale), einschließlich des Stadtgottesackers in Halle (Saale)

zu 7 Anträge von Fraktionen und Stadträten

Anträge von Fraktionen und Stadträten lagen nicht vor.

zu 8 schriftliche Anfragen von Stadträten

Schriftliche Anfragen von Stadträten lagen nicht vor.

zu 9 Mitteilungen

Frau Wildner, Gleichstellungsbeauftragte, informierte zum Antrag zum Beitritt zur Europäischen Charta, dass hierzu eine fachliche Veranstaltung zu organisieren war, die nun am 7.10. um 14.30 Uhr stattfinden wird. Die Einladungen gehen morgen raus. Thema dieser Veranstaltung wird auch der Antrag zum Gender Budgeting sein.

Herr Müller, Fraktion CDU, hatte schon einmal angeregt, etwas Eigenes zu schaffen, statt der Charta beizutreten. **Frau Wildner** informierte, dass eigene Initiativen doch auch möglich seien, dies schränkt die Charta nicht ein. **Herr Kogge, Beigeordneter für Jugend, Schule, Soziales und kulturelle Bildung**, bat um Einhaltung der Geschäftsordnung, unter diesem TOP geht es um Mitteilungen, für Anfragen und Anregungen stehen andere Tagesordnungspunkte zur Verfügung.

Frau Schneutzer, Beauftragte für Integration und Migration, informierte über die Nacht der Migrant*innenorganisationen morgen ab 16.00 Uhr. Hier kann man sich über sechs Migrant*innenorganisationen informieren. Weiterhin informierte sie, dass am Montag um 14.00 Uhr die Eröffnungsfeier zur Interkulturellen Woche stattfindet.

Frau Tomczyk-Radji, Fraktion CDU, informierte über das Regionale Integrationsforum Ost am 24.9.2011. Hier geht es um Integration von Migrant*innen in Bildung, Ausbildung sowie auf dem Arbeitsmarkt.

Es gab keine weiteren Mitteilungen.

zu 10 Beantwortung von mündlichen Anfragen

Frau Wolff, Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM, hat Problem mit der Teilnahme an allen anstehenden Veranstaltungen u.a. die Nacht der Migrant*innen und fragte, ob es weitere Möglichkeit gibt, sich über die Migrant*innenorganisationen zu informieren. **Frau Schneutzer, Beauftragte für Integration und Migration** nimmt dies gern auf und sagte, dass es die Möglichkeit gibt, die Migrant*innenorganisationen in den Ausschuss einzuladen, damit sie sich hier vorstellen können.

Frau Krausbeck, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, bat nochmals um Konkretisierung der Antwort zur Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der Fraktion DIE LINKE. und der Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM zur geschlechterspezifischen Datenerfassung, welche Beschäftigte Kinder haben bzw. keine, welche Beschäftigte sind davon Führungskräfte. Gibt es eine Kategorie, welche Beschäftigte Kinder haben? Durch **Herrn Kogge, Beigeordneter für Jugend, Schule, Soziales und kulturelle Bildung**, konnte dies nicht sofort beantwortet werden, hier muss noch datenschutzrechtlich geprüft werden. **Frau Krausbeck** bat um eine schriftliche Antwort.

Frau Krausbeck fragte nach der Einstellung der Mai-Sitzung im Session. **Herrn Kogge** war bekannt, dass zurzeit mehrere Probleme im Session bestehen. Dies wird geklärt.

Frau Krausbeck fragte nach dem Stand der Auszahlung der freiwilligen Leistungen. **Herr Kogge** informiert, dass **Herr Geier, Beigeordneter für Finanzen und Personal**, im Stadtrat den letzten Stand bekanntgegeben hat. Über Härteprüfung des Landesverwaltungsamtes wird gezahlt, jedoch wird dies dort nicht gesehen, kann nicht gezahlt werden.

Frau Ute Haupt, Vorsitzende des Ausschusses, bat um einen Zwischenbescheid vor der nächsten Sitzung.

Die Beantwortung der Anfrage von **Herrn Schachtschneider, Fraktion CDU**, zur Prüfung einer Wartung/Überprüfung der Blindenhilfseinrichtungen an Ampeln in Halle wird von **Herrn Dr. Fischer, Behindertenbeauftragter**, schriftlich erfolgen.

Es gab keine weiteren mündlichen Anfragen.

zu 11 Anregungen

Herr Czock, Fraktion CDU, vermisst in diesem Ausschuss das Thema Gesundheit und regte an, hierzu wieder Themen aufzunehmen. **Frau Ute Haupt, Vorsitzende des Ausschusses**, hat diesbezüglich zwei Anträge im Stadtrat eingebracht. **Herr Dr. Wilhelms, Amtsleiter Gesundheitsamt, Lebensmittelüberwachung und Veterinärwesen**, teilte mit, dass das Personalamt zum Krankenstand des Personals berichtet hat. Der Bericht zur gesundheitlichen Situation in Halle liegt vor. Die Fortschreibung der Psychiatrieplanung wird erfolgen.

Es gab keine weiteren Anregungen.

Für die Richtigkeit:

Datum: 06.12.11

Martina Kerner
Protokollführerin

Ute Haupt
Ausschussvorsitzende